

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/55

22. März 1976

Schreckgeupenster helfen dem Patienten nicht

Auch die Ständeführung der Ärzte muß Notwendigkeit der Reform unseres Gesundheitswesens einsehen

Von Friedel Lähple MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der SPD Saar

Seite 1 und 2 / 98 Zeilen

Illusionslos gegen Verkämpfung und Konfrontation

Anmerkungen zu den jüngsten Störungen im deutsch-deutschen Verhältnis

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 bis 5 / 138 Zeilen

Die Stuttgarter Kontrahenten auf der Schlußgeraden

Betroffenheit über Filbingers ausufernde Diffamierungskampagne

Seite 6 und 7 / 68 Zeilen

Mainzer Posse: Der fünffache Heinrich

Kohle Sozialminister wollte sich einen Jubelclub bestellen

Seite 8 und 9 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 05 36 546 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Schreckgespenster helfen dem Patienten nicht

Auch die Landesführung der Ärzte muß Notwendigkeit der
Reform unseres Gesundheitswesens einsehen

Von Friedel Läßle MdL

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der SPD Saar

"Die Gesellschaft muß verändert werden und dazu muß zuerst das Gesundheitswesen verändert werden", rief Wilhelm Baldus, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe den 2.500 protestierenden Ärzten am 26. Februar 1976 in der Dortmunder Westfalenhalle zu, um dann mit unterschwelliger Anschwärmung der Sozialdemokraten fortzufahren mit der Bemerkung, dieser Satz stamme nicht etwa von ihm, sondern von Wladimir Iljitsch Uljanow, bekannt als Lenin, "einem der führenden Sozialdemokraten Rußlands ab 1885".

Im Rahmen einer wahrlich erpresserischen Kampagne warnt so die Landesführung der deutschen Ärzteschaft zur Zeit vor Systemveränderern und deren Zielen, im Stile Filbingers malt sie das Horrorbild vor der sozialistischen Unfreiheit.

Wie Filbinger - Zufall oder gleiche Vergangenheit - warnt die ärztliche Landesführung vor den Zielen der SPD, die ihren Demokratiebeweis im Verlauf ihrer bisherigen Geschichte im Gegensatz zu anderen Parteien und Gruppen, die heute eine führende Rolle spielen, doch weiß Gott erbracht hat.

Aber - und das läßt für die Verwirklichung notwendiger Reformen vielleicht hoffen - neuerdings werden nicht nur Sozialdemokraten von jenen Kreisen geschlagen, sondern auch die Sozialausschüsse der CDU. So beantwortete der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Dr. Gustav Nitz, in einem Interview mit der "Westfälischen Rundschau" vom 24. Februar 1976 die Frage, wo die von den Landesfunktionären der Ärzte so genannten Ideologen zu finden seien, es gebe "in den großen politischen Parteien Strömungen, die fast identisch sind". Und er fährt wörtlich fort: "Ich denke dabei an den Orientierungsrahmen '85 der SPD ebenso wie an die Sozialausschüsse der CDU." Auch deren Ziel sei es, "die Veränderung unseres derzeitigen Gesundheitssystems der freien Arztwahl" herbeizuführen.

Gegenüber derart pauschalen Diffamierungen von fortschrittlichen Ansätzen, die es in fast allen Parteien in der Bundesrepublik heute gibt, müssen jedoch folgende Tatsachen noch einmal festgehalten werden: Sozialausschüsse und SPD halten nach wie vor daran fest, daß unser heutiges System der Gesundheitsversicherung grundsätzlich erhalten werden sollte, zugleich halten sie dieses System für dringend reformbedürftig.

Es gehört ein gerüttelt Maß an bösem Willen dazu, Sozialdemokraten die Absicht einer Systemzerstörung des Gesundheitswesens zu unterstellen, obwohl eine solche Zerstörung durch keinen Beschluß der Partei und durch keine Äußerung führender Sozialdemokraten zu belegen ist. Nach wie vor gilt: Am heutigen System der freien Arztwahl und dem freiberuflich tätigen niedergelegenen Arzt muß im Interesse einer humanen Medizin unbedingt festgehalten werden. Darin sind sich alle Reformer der SPD und der Sozialausschüsse einig.

Was jedoch dringend tut, ist, sicherzustellen, daß die niedergelegenen Allgemeinmediziner nicht nur für möglichst alle Bundesbürger gleich gut erreichbar sind, sondern verstärkt in die Lage versetzt werden, die herausgehobene Vertrauensperson für ihre Patienten zu werden. Dies ist umso wichtiger, als man heute weiß, daß die überwiegende Zahl aller Krankheiten psychosomatische Ursachen hat. Zur Heilung psychosomatischer Krankheiten ist eine Reform der heute leider noch fast ausschließlich naturwissenschaftlich ausgerichteten Ausbildung der Mediziner erforderlich. Notwendig ist dazu weiterhin eine Änderung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), die die Beratung - das Gespräch des Arztes mit dem Patienten - deutlich auch finanziell aufwertet gegenüber technischen und Laborleistungen, die nicht vom Arzt persönlich erbracht werden müssen.

Eine Hauptforderung der Reformer ist darüber hinaus die Überprüfung des sog. Sicherstellungsauftrages der Ärzte selbst. Die umatrittenen gesetzlichen Regelungen hierzu müssen zweifelsohne patientengerechter umgestaltet werden. Die Bundesregierung hat hierzu Vorschläge gemacht. Ziel der Reformer ist, die teilweise Überversorgung mit niedergelassenen Ärzten in den Städten zu Gunsten einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung im sog. flachen Land abzubauen.

Wenn die eigentliche, d.h. die persönliche ärztliche Tätigkeit besser honoriert wird, werden die Ärzte insgesamt auch leichter damit einverstanden sein, daß technische und Laborleistungen zentral erbracht werden. Denn beide einander ergänzende Maßnahmen sind geeignet, Kosten für den Patienten zu senken und trotzdem die Qualität der ärztlichen Versorgung insgesamt zu heben.

Die dazu von der SPD vorgeschlagene Einrichtung medizinisch-technischer Zentren (MTZ) wird von den ärztlichen Standesfunktionären als Weg in die Entpersönlichung der Medizin bezeichnet. Wider besseres Wissen wird das Horrorbild gemalt, daß in den MTZ die Patienten an Apparaten vorbeigeschleift, anonym diagnostiziert und zugleich therapiert werden sollen. Tatsächlich von uns reformgewollt ist jedoch vielmehr, daß solche, möglichst in einer engen räumlichen Verbindung zum Krankenhaus errichtete MTZ, sowohl für das Krankenhaus als auch für die zum Einzugsbereich gehörenden Ärzte technische und Laboruntersuchungen für den Patienten vornehmen. Mehr nicht. Die Ergebnisse sollen nämlich - wie bisher - den behandelnden Ärzten zur Diagnose dienen. Diesen behandelnden Ärzten soll auch in Zukunft niemand in die Therapie hineinreden.

Was also soll die Kampagne der Standesführung, die angeblich im Namen gerade dieser Ärzte geführt wird? In wessen Interesse ist es eigentlich, Pappkameraden und sozialistische Gespenster aufzubauen? Wird nicht gerade von den Ärztesfunktionären selbst das so dringend erforderliche Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt leichtfertig gefährdet und dabei auch der Ruf der Ärzteschaft insgesamt aufs Spiel gesetzt, und dies nur, um überzogene Einkommensverbesserungen Weniger auch für die Zukunft zu sichern?

Es sei garnicht bestritten, daß sich Ärzte aufgrund ihrer besonderen Tätigkeit und ihrer teilweise erhöhten Arbeitsbelastung von anderen Berufsgruppen abheben. Es gibt zweifellos Landärzte, die nicht selten die Grenze ihrer psychischen Belastbarkeit erreichen. Niemand hat je bestritten, daß diesen Ärzten für ihre Leistung auch eine angemessene Bezahlung zusteht. Trotzdem muß festgehalten werden: Einkommensverbesserungen von jährlich 15,8 vH - wie in den Jahren 1970 bis 1974 - waren in der Vergangenheit unangebracht und werden in der Zukunft unmöglich sein.

Wenn Ärzte jedoch in ihren Wartezimmern Flugblätter aufliegen haben, in denen behauptet wird, daß sie allein für die heutigen Kritiker so ziemlich die Hauptschuldigen an der Kostenexplosion seien, so entbehrt dies jeder Grundlage. Es sollte diesen Ärzten mittlerweile bekannt sein, daß an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen das Krankenhaus den Hauptanteil hat. Es sollte weiterhin bekannt geworden sein, daß die Reformer auch die Pharmaindustrie, die Gesetzliche Krankenversicherung und die Versicherten selbst zu kostendämpfenden Maßnahmen aufgerufen haben. Alle Experten stimmen darin überein, daß die Ursachen des unverhältnismäßigen Kostenanstiegs sowohl in der mangelhaften Struktur des Gesundheitssystems als auch in jener Leistungsausweitung zu suchen sind, von der die Patienten ständig mehr erwarten.

Makebar bleibt es jedoch, wenn ein verantwortlicher Arzt vor einem großen Zuhörerkreis ausführte, die einzige Schuld der Ärzte an der Kostenexplosion liege darin, daß sie eine höhere Lebenserwartung der Bevölkerung ermöglicht hätten.

Um der Bevölkerung eine bestmögliche Gesundheitssicherung zukommen zu lassen, muß die Kostenexplosion durch einen Beitrag aller Betroffenen eingedämmt werden. Dieser Beitrag kann nur in einer Reform unseres Gesundheitssystems liegen. Diese Reform darf nicht Stückwerk bleiben, sie muß eine Reform an Haupt und Gliedern sein. Hierzu sollte sich die Ärzteschaft endlich bereitfinden.

(-/22.3.1976/bgy/pr)

Illusionslos gegen Verkrampfung und Konfrontation

Anmerkungen zu den jüngsten Störungen im deutsch-deutschen Verhältnis

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Zur Leipziger Frühjahressession hatten viele Journalisten des westlichen Auslandes und aus der Bundesrepublik ihre Akkreditierung als Reisejournalisten beantragt. Im Gegensatz zur Praxis früherer Jahre lehnte das DDR-Außenministerium die Anträge der drei Journalisten Günter Linke und Hans-Dieter Schulz vom Deutschlandfunk und Karl Heinz Schroeter von der Deutschen Welle ab. Ihre Zulassung wurde mit der nicht nachgewiesenen Begründung verweigert, ihre Ansetzungen mischten sich laufend in die inneren Angelegenheiten der DDR ein. Überdies taten die DDR-Beamten so, als könnten sie die seit 1960 bekannten Aufgaben dieser Rundfunkstationen nicht. Die zweite Begründung lautete denn auch so: Der besondere Auftrag der beiden Sender stehe einer Akkreditierung im Wege. Aufgeseucht wurde die deutsche und internationale Öffentlichkeit, weil es wieder einmal die Journalisten traf.

Aufsehen erregte dieses rigorose Verhalten vor allem unter den Journalisten, die in Leipzig weilten. Die traditionelle internationale Pressekonferenz war gestrichen worden. Die Bundesregierung handelte sofort. Staatssekretär Günter Gaus versuchte mehrere Male, den energischen Protest der Bundesregierung vorzutragen. Protokollarische Manöver mußten herhalten, um dies zu verhindern. Regierungssprecher Bölling bezeichnete die Behandlung der ausgesperrten Korrespondenten und des Staatssekretärs als "sehr ernste Angelegenheit" und als "unzumutbare Erschwernis" der Arbeit unserer Ständigen Vertretung. Bundeskanzler Schmidt beauftragte Bundeswirtschaftsminister Friderichs, bei DDR-Außenhandelsminister Spelle schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen und die unzumutbare Erschwernis der Arbeit der Journalisten einzulegen.

Es gab Stimmen, die dazu aufriefen, es der DDR mit gleicher Münze heimzuzahlen. Es gab Leute, die sagten, ob es denn eine adäquate Maßnahme sei, auf so hohem Niveau den Protest vorzutragen und den Besuch in Leipzig abubrechen. Ich sage, es war adäquat. Nichts kann uns höher stehen als die Grundrechte der Bürger, nichts ist verteidigungswürdiger als das freie Wort, als unsere freie Presse.

Das "Neue Deutschland" suchte am vergangenen Mittwoch unter dem markigen Titel "Was verspricht man sich von einer Konfrontation mit der DDR?" den ideologischen Kampf aufleben zu lassen, für dessen Richtung die drei Journalisten nur die Prügelknaben waren. Am selben Tag verlangte es einen Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach "abgestufter Vergeltung". Ebenso kernig und forsch, wenn sich auf beiden Seiten die Kalten Krieger in ihrem Klima fühlen. Das Zentralorgan der SED fragt, "seit wann bestimmt die BRD, wieviel und welche Journalisten aus der BRD in die DDR einreisen können?". Hier kann man nur fragen, seit wann bestimmt die DDR, "daß dies", wie das Neue Deutschland schreibt, "ausschließlich in die Kompetenz der DDR fällt"? Seit Helsinki, oder seit Abschluß des Grundlagenvertrages, oder

etwa seit dem Inkrafttreten der "Maulkorbverordnung" für Journalisten am 1. März 1973? Die Bundesregierung nimmt da keine Kompetenz für die Zulassung von DDR-Korrespondenten in Anspruch.

Was soll auch das Spiel mit dem Gesetz der kleinen Zahl? "Neues Deutschland" beweist "Weltoffenheit der DDR" mit der Zulassung von 284 Korrespondenten aus dem westlichen Ausland, mit 152 aus der Bundesrepublik und mit 20 aus Westberlin und mit Abweisungen der drei Journalisten aus beiden Sendern. Wer auch nur einen Korrespondenten abweist, der schränkt die Freiheit der Berichterstattung ein, der will durch Selektierung auch die anderen disziplinieren.

In dem zum Grundlagenvertrag gehörenden Briefwechsel vom 8. November 1972 wurde den Reiskorrespondenten die "freie Information und Berichterstattung", "das Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit" zugesichert. Nach den Protokollerklärungen über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten sollte diesen die gleiche Behandlung zuteil werden wie den Korrespondenten anderer Staaten. Mit der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterschrieb die DDR am 1. August 1975 in Helsinki auch folgende Verpflichtung: "daß die legitime Ausübung der beruflichen Tätigkeit weder zur Ausweisung von Journalisten noch anderweitig zu Strafmaßnahmen gegen sie führen wird. Wenn ein akkreditierter Journalist ausgewiesen wird, wird er über die Gründe von dieser Maßnahme unterrichtet werden und kann einen Antrag auf Überprüfung seines Falles stellen".

Im Gegensatz dazu steht die 1973 in der DDR erlassene "Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der DDR". Dort steht in § 5, was der Korrespondent zu unterlassen hat, was er in Ausübung seiner Tätigkeit tun muß und was er nicht missbrauchen darf. Wer, ohne der DDR feindlich gesinnt zu sein, nur kritische Bemerkungen macht über z. B. die Messe in Leipzig oder die Wirtschaftsentwicklung in der DDR, der macht sich, so "Neues Deutschland", der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR schuldig und muß diesen doch eigentlich unerschütterlichen Staat verlassen. Derjenige, von dessen Publikationsorgan kritische oder feindliche Äußerungen zu erwarten sind, wird gar nicht erst reingelassen, obwohl man nicht immer erwarten kann, daß er sich persönlich gegen die geltenden Bestimmungen vergehen wird.

Die Bundesrepublik gewährt den DDR-Journalisten völlige Freizügigkeit. Bei uns fasseln wir nicht von Einmischung in die inneren Angelegenheiten, wenn die Berichtersteller von "Neues Deutschland" unser System der Bewegungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Vielfalt der Meinungen verleumdend und tagtäglich in der ideologischen Auseinandersetzung zur Kritik stellen. Für uns ist die Verbreitung aller Meinungen, die Berichterstattung über deutsche und internationale Verträge, über Spannungsgebiete, über Israelis und Araber, Polen und Deutsche, Sowjets, Chinesen und Rumänen ganz legitim. Die Sendung dieser Berichte über den Äther in andere Länder ist keine Einmischung in deren Angelegenheiten. Das ist unsere Weltoffen-

heit, und wie weit sie ist, zeigt die Tatsache, daß selbst in regierungseigenen Sendern Korrespondenten ihre gegen die Regierungspolitik gerichtete Meinung vertreten können. Auf diese Freiheit sind wir stolz - sie macht die Stärke unseres demokratischen Systems aus. Die Einschränkung dieser Freiheit, selbst für einen einzelnen Journalisten, wird für uns niemals zur Diskussion stehen.

Für viele Bürger stellt sich die Frage, wie wir es mit den Verträgen halten bei fortgesetzten Handlungen der DDR-Behörden, die sich gegen die innerdeutschen Abmachungen richten. Sollten wir, wie einige Stimmen fordern, für drei Journalisten von uns sechs der DDR zurückweisen? Wäre es den Beziehungen zur DDR dienlich, hielten wir ihre Vertreter in Bonn fest, wenn unsere Leute drüben in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt würden? Was würden wir erreichen, wenn auch wir Journalisten des Landes verwiesen, wie es die DDR mit dem Spiegel-Korrespondenten Mettke tat. Könnten, sollten wir das tun? Wäre das die vernünftige Verhältnismäßigkeit der Mittel, die zur Beseitigung des Mißvergnügens oder des Unwillens der jeweils anderen Seite angemessen sind? Wir würden damit nur die erreichten menschlichen Erleichterungen aufs Spiel setzen. Unser Grundgesetz kennt keinen Unterschied zwischen Bürgern der Bundesrepublik und Bürgern der DDR. Die DDR hat ihre eigene Staatsbürgerschaft eingeführt. Der Grundlagenvertrag sagt deshalb, daß beide Seiten keine Einigung über Fragen der Staatszugehörigkeit erzielen konnten.

Wir machen uns keine Illusion über die Beziehungen zur DDR. Mühsames Verhandeln war notwendig, um hier Fortschritte zu erzielen. Wenn man all das wegläßt, was uns politisch, ideologisch und gesellschaftlich trennt, bleibt eins übrig: das gemeinsame Interesse an einem Klima, in dem sich kein Kalter Krieger wohlfühlen kann, das Interesse, für alle Deutschen Erleichterungen zu erreichen. Internationale Reputation steht bei der DDR hoch im Kurs. Weltniveau und Weltoffenheit sind seit langem die betonten Gütesiegel. Wo aber bleiben diese Attribute, wenn man mit Kleinkariertheit drei Journalisten die Tür weist.

Wir haben es gehört: Ideologische Koexistenz gibt es für die Kommunisten nicht. Wer sich das Recht nimmt, die ideologische Auseinandersetzung zum Kampf der Klassen zu erklären und dafür alle Mittel, ob Wort, Bild oder Ton, einsetzt, der muß sich die Reaktion seines ideologischen Gegners gefallen lassen. Wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen, die Vorurteile unseres Gesellschaftssystems zu preisen.

"Was verspricht man sich in der DDR von einer Konfrontation mit der Bundesrepublik Deutschland?" frage ich das "Neue Deutschland". Sollte es tatsächlich immer noch Leute dort geben, die es darauf anlegen, das gute Werk von Helsinki zu provozieren? Wir werden nicht warten bis 1977! Wir sollten den Signatarmächten der Schlußakte von Helsinki schon jetzt einen Bericht geben über die Verstöße gegen die Prinzipien und die Absichtserklärungen zu humanitären Fragen.
(-/22.3.1976/ve/pr)

+ + +

Die Stuttgarter Kontrahenten auf der Schlußgeraden

Betroffenheit über Filbingers ausufernde Diffamierungskampagne

Der Wahlkampfteil der baden-württembergischen SPD könnte in der Politik zu einem Qualitätsmerkmal werden, wie es der Name "Bosch" in der Wirtschaft geworden ist. Der Vergleich ist natürlich übertrieben, dennoch gibt es zwischen der einleitenden Behauptung und dem Industriellen-Namen eine Beziehung, die schlaglichtartig deutlich macht, um was es in der Landtagswahl im "deutschen Südwesten" geht. Der Unternehmer Robert Bosch würde, nach allem was wir über ihn wissen, in der Auseinandersetzung nicht auf der Seite Filbingers und der CDU, sondern Erhard Epplers und der SPD stehen. Der Grund: Jener "Landesvater" Dr. Filbinger setzt mit seinen Gattreuen die traditionelle baden-württembergische Liberalität, das gewachsene Demokratieverständnis und nach Ansicht der SPD langfristig auch den "Tüftlergeist" der dortigen Menschen aufs Spiel; Merkmale und Fähigkeiten, für die Robert Bosch beispielsweise einiges übrig gehabt hat.

Es ist daher kein Wunder, wenn die SPD auch vierzehn Tage vor der Wahl ein gut Teil ihrer Energie darauf verwendet, zu erklären und bewußt zu machen, worauf die Menschen in Baden-Württemberg zurückgreifen können, um ihre drängenden Probleme in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu lösen. In beinahe jeder Rede des SPD-Spitzenkandidaten Dr. Eppler taucht denn auch der erwähnte Begriff "Tüftlergeist" auf. Tatsächlich beruht die Qualität der baden-württembergischen Industrieerzeugnisse zum großen Teil auf dieser Tüftelei, Verwendungsmöglichkeiten geschickt herauszufinden und in wettbewerbsfähige Produkte umzusetzen. Dies bedarf jedoch heute der Ergänzung durch eine vorsorgende, überlegte Wirtschafts- und vor allem Ausbildungspolitik des Staates, damit jene Fähigkeit nicht ins Leere läuft. Wer sich die Wirtschaft dieses Bundesland mit ihrem überdurchschnittlichen Verlust an industriellen Arbeitsplätzen anschaut, wird begreifen, was die CDU versäumt hat, und weshalb die scheinbar übermächtige Regierungspartei so nervös auf diese SPD-Argumentation reagiert.

Dem "Tüftlergeist" auf jenem Sektor entspricht in der Innenpolitik der immer wiederkehrende Hinweis, ja der Appell an die demokratischen Traditionen im "Ländle". Zweifellos hätte das selbstgerechte, die liberalen Spielregeln verletzende Schalten und Walten der Stuttgarter CDU-Landesregierung in jedem Fall eine herausragende Rolle während des Wahlkampfes gespielt. "Landesvater" Filbinger hat jedoch mit seiner Parole "Freiheit oder Sozial-

liemus" so kräftig ins Feuerchen geblasen, daß er heute fest auf dem Sockel eines "Brandetifters" sitzt. Man sieht in den Versammlungen häufig betroffene Gesichter, wenn Epler und seine Mitstreiter darlegen, daß jene Parole und auch alles andere, was die CDU noch darum herumrankt, dem gewachsenen Verständnis von Demokratie und Miteinander-Umgehen völlig widerspricht.

Selbst wenn die CDU wieder Glut unter den Wahlkampfkesseln wegnehmen wollte, würde es ihr wohl kaum noch gelingen. Filbinger hat in Sindelfingen in seiner eigenen Partei einen Zug abfahren lassen, den die christlich-demokratische Parteiorganisation jetzt selbst bis auf die letzte und unterste Organisationsstufe auf dem Land unter Dampf hält. Es ist in Baden-Württemberg kein Geheimnis, daß die Knüppel-Strategie des Ministerpräsidenten nicht nur Anhänger in der CDU findet. Dem Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel, einem CDU-Mitglied, wird zugesprochen, daß ihm die "Freiheit oder Sozialismus"-Tour zutiefst suspekt sei. Gleich wie die Wahl am 4. April auch ausgehen mag, Filbinger wird bei der parteiinternen Wahlanalyse nicht nur Positives zu hören bekommen, denn das Unheil, das er - mehr als alle anderen CDU-Wahlkämpfer - angerichtet hat, reicht über den Wahltag weit hinaus.

Verständlicherweise übt man wenige Tage vor der Wahl Zurückhaltung mit Prognosen und präziseren Voraussagen. Es lassen sich jedoch einige aufschlußreiche Fakten sammeln und miteinander in Verbindung bringen. Der baden-württembergischen CDU bekommt es gar nicht, daß die Aufschwungzeichen deutlicher werden. Während die SPD ihren sachlichen, argumentativen, bewußt die überkochende Polemik vermeidenden Wahlkampfstil beinahe dickschädelig durchzieht, zeigt die CDU doch Wirkung. Der Parforceritt mit der Parole "Freiheit oder Sozialismus" enthält starke Anzeichen von Hysterie. Es schleichen sich auf der Seite der Regierungspartei auch Skurrilitäten ein, die man leicht übersieht. So hat die CDU, um nur ein Wahlkampf-"Kleinod" zu erwähnen, ausgerechnet den Badener Republikaner und Revolutionär Friedrich Hecker aus dem vorigen Jahrhundert als Zeugen für sich vereinnahmt. Es hat den Anschein, daß die SPD die Zahl der Nachdenklichen und Betroffenen vermehrt hat. Für die CDU sind die Unsicherheitsfaktoren in der Wahlkampfberechnung größer geworden.

Klaus Vater
(-/22.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Mainzer Pöbbe: Der fünffache Heinrich

Kohls Sozialminister wollte sich einen Jubelclub bestellen

In einer Zeit, da die Kostenexplosion im Bereich des Gesundheitswesens zum Thema I geworden ist, nicht zuletzt auch angeheizt vom rheinland-pfälzischen Sozialminister Heinrich Geißler, versuchte die Mainzer SPD-Landtagsfraktion ein neues Forum zu schaffen, das für den Bereich des Landes die Diskussionen kanalisieren und überschaubar machen sollte. Die SPD beantragte eine Novellierung des Gesetzes über den Landesgesundheitsrat des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Ziel, alle an der Gesundheitspolitik im Lande beteiligten Institutionen an einen Tisch zu bringen: von den Krankenkassen über die Krankenhäuser bis zu den Ärzten und den weiteren Heilberufen, aber einschließlich der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die SPD-Fraktion hatte, wie ihr sozialpolitischer Sprecher Hans Schweitzer wiederholt betonte, den Bonner Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage insoweit zum Vorbild genommen, als der "Rat der Weisen" auch von sich aus Erklärungen, Gutachten und Darstellungen abgeben kann, durchaus auch im Gegensatz zur Regierung. Die Mainzer SPD hat jetzt, nach der Beratung im Sozialpolitischen Ausschuß und vor der Beratung im Rechtsausschuß den Gesetzentwurf wieder zurückgezogen und so der bevorstehenden Beratung im Landtagsplenum die Basis entzogen.

Der Grund: Die CDU hatte das Anliegen des Antragstellers SPD kraft ihrer Mehrheit in das pure Gegenteil verkehrt. Nicht etwa, daß die Mainzer CDU auf bessere Ideen gekommen wäre, das hätte die SPD noch hinnehmen können. Vielmehr verstieg sich das Gesundheitsministerium dazu, einen fix und fertigen Gesetzentwurf im Sozialpolitischen Ausschuß einzubringen, was gar

nicht zulässig ist - dann die Regierung hat ihre Entwürfe dem Landtagsplenum vorzulegen. Diesen Entwurf hat sich dann die CDU im Ausschuß zu eigen gemacht und Punkt für Punkt - gegen die Stimmen der SPD auch durchgesetzt.

Das Ergebnis der Ausschußberatungen: Ein "Jubelclub" für den Sozialminister - und auch dies noch unter dem "Clubvorsitz" des Sozialministers. Geißler wollte es sich um keinen Preis nehmen lassen, den Landesgesundheitsrat seinem eigenen Vorsitz zu unterstellen, obwohl das Gremium laut Ministerialvorlage den Minister "beraten", zu seinen Vorlagen "Stellung nehmen", ihn "unterstützen", von sich aus Anregungen an den Minister "herantragen" und dem Minister Vorschläge "unterbreiten" soll.

Angesichts der herausragenden Position des Vorsitzenden des Landesgesundheitsrates sollte also Geißler sich "beraten", zu sich und seinen Vorstellungen "Stellung nehmen", sich "unterstützen" und sich eben auch Vorschläge "unterbreiten". Und in kritischen Fällen: Richter in eigener Sache sein. Hans Schweitzer dazu vor der Landespressekonferenz: "Da wird also "Heinrich" Geißler mit "Heiner" Geißler endlich in ständigem Kontakt sein - mehr aber nicht." Schweitzer bezog sich darauf, daß Geißler zwar Heinrich heißt, sich aber im Zuge der Selbstdarstellung für bundesweite Weihen immer häufiger "Heiner" nennt und inzwischen auch Ministerbriefbogen verwendet, die abwechselnd mal "Heiner" mal "Heinrich" zum Absender haben.

Angesichts der Tatsache, daß die CDU-Fraktion im Zusammenwirken mit der CDU-Regierung den SPD-Entwurf ins Gegenteil verkehrte, ist der Gesetzesentwurf von der SPD-Fraktion zurückgezogen worden. Ein ungewöhnlicher, aber fraglos angemessener Vorgang. Jetzt muß die CDU die blamable Vorlage aus dem Geißler-Ministerium selbst einbringen.

Herbert Bermeitinger
(-/22.3.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller